



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Interessenpolitiker, wie sie sein sollen. Es macht immer einen angenehmen Eindruck, wenn jemand aufrichtig ist, nicht bloß im Privatleben, sondern auch in der Politik. In einer Zeit, wo sich die Selbstsucht hinter schönen Phrasen zu verstecken pflegt, wirkt es erfrischend, wenn in einem Programm, wie in dem der amerikanischen Silbermänner, gerade heraus gesagt wird: Ihr (im Osten) habt das Geld, und wir (im Westen) können es brauchen, oder ihr (Engländer) habt das Geld, und wir (Amerikaner) können es brauchen. Darum gebt es her. Wir als eure Schuldner haben das Mittel in den Händen, einen Teil euers Reichthums uns zuzuwenden. Wir ziehen euch einen bestimmten Teil euers Guthabens ab, und die Geldverschlechterung soll uns dazu dienen, diesem Verfahren einen Anschein von Geseßlichkeit zu geben. Sie gewährt uns die Möglichkeit, euch in schlechterer Münze zurückzuzahlen, was ihr uns in guter geliehen habt.

Dies Programm entspricht den Grundsätzen und Bestrebungen, die anderswo Mittelstandspolitik genannt werden. Es ist der Sozialismus, nicht der Armen, sondern der produktiven Stände, derer, die sich vor der ihnen drohenden Verarmung rechtzeitig zu schützen suchen und zu diesem Zweck eine nützliche Wohlstandsverschiebung herbeizuführen streben. Die Besitzlosen werden durch die Geldverschlechterung sehr geschädigt. Aber die Besitzenden, die zugleich Schuldner sind, werden, so hoffen sie wenigstens, die Gewinnenden sein. Sie können den Gläubiger um einen Teil seines Guthabens beschwindeln. Sie können zugleich, soweit sie Unternehmer und Arbeitgeber sind, durch Ausgeben minderwertiger Zahlungsmittel Arbeitslohn ersparen.

Gegen solche Veraubungspolitik sind zwar eben so schwere Bedenken geltend zu machen, wie gegen den kommunistischen Vorschlag des „Aufteilens,“ der ja eigentlich sogar von den Sozialisten nicht mehr ernsthaft gemacht wird. Das Kapital seiner Rechte berauben wollen, das heißt für den, der auf die Hilfe des Kapitals angewiesen ist, den Ast absägen, auf dem er sitzt. Das Kapital ist weder des Arbeiters noch der produktiven Stände böser Feind, sondern ihr Helfer. Aber die Bedingung, unter der diese Hilfe gewährt wird, unter der Kapital verliehen wird oder Kapitalanlagen gegründet werden und damit Arbeitsgelegenheit verschafft wird, ist das Vertrauen. Wird das erschüttert, so hat der Geldsuchende darunter zu leiden. Darum ist weder ein internationaler Beutezug empfehlenswert, noch ein solcher, der die Veraubung der Geldleute im Inlande zum Ziele hat. Es liegt im allgemeinen Interesse aller Bewohner eines Landes, daß der Kredit des Landes erhalten bleibe, daß es ehrlich seine Verpflichtungen erfülle. Und im Inlande muß schon die ausgesprochne Absicht der Veraubung, wenn gleichzeitig die Befürchtung entsteht, daß die Geseßgebung in die Hände dieser Beutepolitiker geraten könne, die Wirkung haben, die Geldmänner vorsichtig und mißtrauisch zu machen und die Bedingungen der Gelderlangung zu erschweren.

Daß die Goldwährung die Bedingung der Sicherheit aller wirtschaftlichen Verhältnisse und des wirtschaftlichen Gedeihens ist, das könnte, das sollte man nachgerade in Amerika wissen. Der Silberschwindel ist dort toll genug getrieben worden, und man sollte meinen, daß die daraus entstandnen Schwierigkeiten allen ernsthaften Politikern die Augen geöffnet hätten. So weit, wie sie möchten, haben es zwar auch dort die Silberfreunde bisher nicht gebracht, aber die Möglichkeit, daß sie in Zukunft ihr Ziel erreichen könnten, scheint nicht ausgeschlossen zu sein. Trotz

der übeln Erfahrungen, die mit dem Hochschutzzollsystem sowie mit den Silbertollheiten gemacht worden sind, ist man dort vor den Ausschreitungen der Interessenpolitiker jetzt weniger gesichert, als je vorher. Das ist ein abschreckendes Bild davon, wohin das rückwärtslose Weltendmachen von Sonderinteressen und das Suchen nach wirtschaftlichen Heilmitteln führt. Auch in den Vereinigten Staaten hat es bessere Zeiten gegeben, Zeiten, wo ideale Bestrebungen zur Geltung gelangen konnten, und wo man nach einer ehrlichen Politik Verlangen trug. Die Sklavenbefreiung wurde gegen die Politik der materiellen Interessen durchgesetzt, und als dann die republikanische Partei, die den Kampf gegen die Sklaverei geführt hatte, ihren Idealismus preisgab und zu einer Partei der Beutejäger und Interessenpolitiker entartete, wandten sich die Besten der Demokratie zu, suchten bei ihr Schutz gegen Ausbeutung der Gesamtheit durch einzelne und erwarteten von ihr Förderung der allgemeinen Interessen. Cleveland wurde als der ehrliche, besonnene Politiker gewählt. Er hat aber, besonders das letztemal, den Erwartungen, die man von ihm hegte, nicht entsprochen. Das mag ja teils an Fehlern seiner Politik liegen. Andererseits aber herrscht heute nur zu sehr die Neigung, die Gesetzgebung für alles verantwortlich zu machen, die Abstellung wirtschaftlicher Unzuträglichkeiten, die in allgemeinen Verhältnissen ihre Ursache haben, von ihr zu erwarten. Wie unsere Agrarier die Handelspolitik Caprivis verleumdet haben, so hat man auch in Amerika ungünstige Wirkungen der Herabsetzung der Zölle herauszudeuten gesucht, und der Boden ist wieder bereitet für eine Rückkehr zu hochschutzzöllnerischen Bestrebungen. Ist nun die republikanische Partei als Trägerin dieser Bestrebungen bekannt, so hat sich doch auch mit der demokratischen Partei eine Wandlung vollzogen. Heute stehen die beiden großen Parteien unter dem Zeichen der Interessenpolitik, wenn sie auch in verschiedner Form auftreten mag. Wie die Republikaner für Hochschutzzoll, treten die Demokraten für Doppelwährung ein. Clevelands Person bot doch wenigstens eine Gewähr gegen die ärgsten Ausschreitungen, die heute vermisst wird. Er war überzeugter Anhänger der Goldwährung, wie er von der Schädlichkeit hoher Schutzzölle überzeugt war. Mac Kinley aber, der Mann mit dem Napoleonskopf, mit dem staatsmännischen Aussehen und der ernststen, gebietenden Miene, scheint nichts von den Herrschergaben und von der Charakterfestigkeit zu haben, die sein Aussehen anzudeuten scheint. Er ist der echte Vertreter des Amerikanertums, ein Spielball in der Hand der Beutepolitiker. Die höchste Würde im Staate zu erlangen ist sein Bemühen, und zu diesem Zweck ist ihm jedes Mittel recht. Politische Grundsätze, die er nur spärlich zu haben scheint, werden nach Bedarf in das Programm eingestellt, je nachdem man glaubt, sie für den Stimmenfang nicht entbehren zu können. Als sich der schlaue Yankee mit einigen vieldeutigen, unklaren Redensarten um die Hauptfrage, die Währungsfrage, herumzudrücken suchte, nur damit die Maschen des Netzes genügend weit blieben, da mußte dem „großen Schweiger“ erst das Geständnis abgepreßt werden, daß er ein Anhänger der Goldwährung sei; aber dies erzwungne Zugeständnis an die Goldfreunde, das nur aus dem Grunde gegeben wurde, weil sonst ein großer Teil der Partei abgebröckelt wäre, hat natürlich nicht den Wert einer festbegründeten persönlichen Überzeugung. Und ein Mann von so schwankenden politischen Grundsätzen wird für den höchsten Vertrauensposten im Staate ausersehen! Denn der demokratischen Partei gegenüber ist die Kandidatur Mac Kinleys immerhin noch als das kleinere Übel anzusehen.

Da ist der „Generaladjutant“ des Gewaltigen und Oberst der Drahtzieher noch eher geeignet, Sympathien zu erwecken. Dieser Mann, der den für andre Sterbliche schwer verständlichen Ehrgeiz hat, „Präsidentenmacher“ zu sein, der

seinen ganzen Stolz in das Gelingen seines Werkes setzt, der in der freigebigsten Weise seine reichen Mittel für den Zweck der Durchbringung seines Freundes opfert, hat doch wenigstens einen gewissen Idealismus, wenn wir ihm auch keinen Wert für die politischen Geschicke des Landes beilegen können.

Die ganze Bewegung macht den Eindruck politischer Unreife. Kurzsichtige Selbstsucht, die kein Bedenken trägt, mit den Geschicken des Landes zu spielen, wenn nur eigne Vorteile für einzelne dabei herauszuschlagen sind, ist der vorherrschende Zug. Wenn bei uns vielfach über einen Niedergang des politischen Lebens geklagt worden ist, so ist auch dort, wo das politische Leben bisher schon nicht sehr hoch stand, ein solcher Rückgang bemerkbar. Und das ist hauptsächlich dem Vordringen des Verlangens nach gesetzgeberischen Heilmitteln zuzuschreiben. Ob man diese in der einen oder andern Weise sucht, hängt ja ganz davon ab, worin gerade der einzelne Berufsstand seinen Vorteil sieht. Bimetallistische und hochschutzzöllnerische Bestrebungen, bei uns von einundderselben Parteirichtung vertreten, sind drüben getrennt und sogar einander entgegengesetzt, weil die Landwirtschaft im eignen Interesse den Schutzzoll bekämpft, dagegen die Geldverschlechterung fordert. Das würde freilich kein Hindernis sein, daß es in dem wechselvollen politischen Leben der Vereinigten Staaten zu einem Bündnis zwischen diesen Gegnern käme, wobei jeder sein Teil von der Gesetzgebung verlangte. Schien es doch eine Zeit lang, als ob die republikanische Partei für den Bimetallismus eintreten wolle, und es fehlte wohl auch thatsächlich wenig daran, daß sie es gethan hätte. Und wenn es nicht so schlimm werden sollte, wie die Pessimisten befürchten, so wird das voraussichtlich weniger dem Obliegen des Gerechtigkeitsgefühls zuzuschreiben sein, als dem Umstande, daß wichtige materielle Interessen mit der Goldwährung verknüpft sind. Daß es bisher gelang, die Stürme auf die Goldwährung abzuschlagen, läßt wenigstens der Hoffnung Raum, daß auch ferner die Bäume der Bimetallisten nicht in den Himmel wachsen werden. Wie aber auch der Verlauf der Bewegung sein mag, wir sollten daraus lernen, wie nicht Politik gemacht werden darf.

Preiswillkür? Wenn auf dem Markt ein Käufer den Schutz der Polizei begehrte gegen die „Rache“ eines Händlers, der, weil er aus irgend einem Grunde ihm übelgesinnt sei, kein Geschäft mit ihm machen wolle, oder wenn er über zu hohe Preise klagte und verlangte, daß der Händler gezwungen werde, zu einem normalen, von dem Käufer für auskömmlich gehaltenen Preise ihm seine Ware abzulassen, so würde man diesen Käufer auslachen; vielleicht auch würde sein geistiger Zustand untersucht werden. Ebenso würde es einem Verkäufer ergehen, der, wenn er seine Ware auf den Markt bringt, mit dem ihm gebotenen Preise nicht zufrieden, über eine böswillige Verschwörung der Käufer gegen ihn klagte, durch die er um den ihm zukommenden Preis betrogen und zu unvorteilhaftem Verkauf gezwungen werde.

Man hat bisher angenommen, daß alle, die sich mit dem Handel befassen, jede Gelegenheit ergreifen, ein Geschäft zu machen, daß sie, um ein solches Geschäft zustande zu bringen, auch dem Käufer und dem Verkäufer gleichmäßig die Bedingungen so günstig stellen werden, wie es mit ihrem eignen Interesse für irgendwie vereinbar ist. Und sollte ein Händler dieser Voraussetzung nicht entsprechen, so bietet doch die große Zahl der Handeltreibenden genügenden Schutz dagegen, daß sich der Käufer oder Verkäufer einem willkürlichen Machtgebot, wodurch die Preise zu seinen Ungunsten festgesetzt werden, fügen müßte. Wer beim

Einkauf in einem Laden findet, daß ihm zu hohe Preise abgefordert werden, der wird nicht den Schutz der Obrigkeit gegen die Verteuerung anrufen, sondern er wird sich einen Laden suchen, wo er die Waren zu einem annehmbaren Preis erhält.

Aber das wird anders werden, wenn wir glauben wollen, was jetzt alle Tage in agrarischen Blättern zu lesen steht. Die Agrarier, die unerschrocken alles Unrecht ans Licht ziehen, die sich ein hohes Verdienst durch Bereicherung der volkswirtschaftlichen Kenntnisse des Volkes erwerben, haben gründliche und gewissenhafte Untersuchungen angestellt, wodurch ein überraschendes Licht geworfen wird auf die Art, wie sich Kauf und Verkauf im Handel und Verkehr vollziehen. Den Agrariern wird es zu verdanken sein, wenn künftig, dieser Aufklärung sich bedienend, Käufer und Verkäufer besser imstande sein werden, sich der Tyrannei des Handels zu entziehen. Denn was für den Getreidehandel gilt, das gilt wohl nicht weniger für das ganze Gebiet des Handels. Wer künftig für seine Ware nicht den Preis erhalten kann, den er fordern zu dürfen meint, oder wer nicht zu dem Preise einkaufen kann, für den er seiner Ansicht nach seine Verbrauchsgegenstände bekommen müßte, der wird sich höhern Orts beschweren können. Wie alle diese Wünsche zu befriedigen sind, wie das so beklagte „Unrecht“ gesühnt werden soll, das ist freilich schwer einzusehen. Denn der Käufer findet leicht, daß er zu viel ausgeben muß, der Verkäufer, daß er nicht genug erhält.

Der Reichstag, der noch immer den agrarischen Bestrebungen zu wenig Aufmerksamkeit schenkt, hat es nicht der Mühe wert gehalten, den Antrag Arnim noch in letzter Stunde zu prüfen. Was aber so versäumt worden ist, wird von der agrarischen Presse nachgeholt. Es wird für dringend notwendig erklärt, daß die Preisfestsetzungen der Börse besser überwacht werden, denn auf dem Gebiete des Getreidehandels, so wird uns gesagt, herrscht eine unerhörte Willkür. Der Bauer erhält für sein Getreide nicht genug. Der Getreidekäufer in der Provinz, der Müller, muß zu viel zahlen. Ein Blatt, das unter allen die scharfsinnigsten Betrachtungen anzustellen pflegt, hat herausgefunden, daß der ganze gegenwärtige Preisdruck von einem Racheakt der Börse gegen die Landwirtschaft herrühre. Die Börse ist durch das Verbot des Terminhandels gekränkt und will nun keine Geschäfte machen. Darunter muß der arme Landmann leiden.

Nach agrarischer Ansicht ist die Preisnotirung ein Gebot, das die Preisbildung bestimmen kann. Und diese ihr verliehene Macht wird von der Börse schmählich mißbraucht. Andre freilich meinen, daß die Preisnotirung die bescheidnere Aufgabe habe, die Preisbewegung, auf die sie keinen Einfluß hat, zu verzeichnen. Sie meinen ferner, es sei unvermeidlich, daß bei größrer Entfernung von den Mittelpunkten des Handels die thatsächlich gezahlten Preise nicht mit den am Mittelpunkt verzeichneten übereinstimmen können. Die Entfernung, die Kosten des Transports usw. bewirken, daß der Käufer, der auf diesem Wege seinen Bedarf beziehen will, mehr ausgeben muß, der Verkäufer weniger erhält.

An einem kleinen Orte, wo nur wenige Geschäfte bestehen, ist im allgemeinen viel eher zu besorgen, daß der Käufer teurer einkaufen muß, der Verkäufer weniger erhält, als in der Großstadt mit ihrer starken Konkurrenz. Je mehr sich der Verkehr hebt und dem Verkehr neue Bahnen eröffnet werden, je leichter der Handel überall hin dringen kann, desto weniger ist Preiswillkür zu befürchten. Es ist mit dem Getreidehandel nicht anders, als mit dem Handel überhaupt. Die Agrarier suchen in blinder Wut den Handel zu vernichten, und sie klagen dann, wenn ihnen ihr Vorhaben teilweise gelungen ist, über Preiswillkür. Sie haben den

Terminhandel verboten, und wenn dann der Handel schleppend wird, dann klagen sie über „Gauerei“ der Händler.

Wenn die Agrarier doch endlich sagten, was sie wollten. Es muß ein Gesetz erlassen werden, das besagt: „So und so viel soll jede Tonne Korn kosten, die der Händler vom Getreideproduzenten bezieht, und so und so viel jede Tonne, die der Müller vom Kaufmann bezieht; und der Händler, der sich nicht nach dieser Preisbestimmung richtet, wird bestraft. Die Preisfestsetzung muß Sachverständigen übertragen werden, die über die Bedürfnisse der Lebenshaltung des Großgrundbesitzers genau unterrichtet sind und hiernach gewissenhaft den auskömmlichen Preis bemessen. Von denselben Sachverständigen muß dann auch dem Händler sein bescheiden Teil zugemessen werden.“ Die Sache ist wichtig genug, daß man zur Herstellung eines solchen Gesetzes den Reichstag einberuft. Es darf nicht länger geduldet werden, daß das Rechtsgefühl des Volks beständig schwere Kränkungen erleidet. Ob ein solches Gesetz helfen wird, ist ja fraglich. Aber es muß doch „versucht“ werden, damit endlich die Agrarier nicht mehr die Gesetzgebung der Lässigkeit beschuldigen können.

Die Pester Millenniumsausstellung — so berichtet uns ein Besucher — ist unstreutig großartig in der Anlage und bietet allerlei Interessantes; aber auch viel „Tingeltangel“ an cachirten Bauwerken und andern Theaterdekorationen u. dergl. m. Ohne solche Kirmesbeigaben scheint heutzutage keine Ausstellung mehr denkbar zu sein, mag sie nun die Kulturgeschichte, die Kunst oder die Industrie als Aushängeschild benutzen. Die Lebenspreise sollen zu Anfang ganz ausstellungsmäßig gewesen sein, doch scheinen die Wirte und Vermieter bald das Unzweckmäßige dieser Methode der Ausbeutung erkannt zu haben, da jeder „Reingefallne“ weitere Kreise warnte. Die Fahrgelegenheiten sind jetzt sogar äußerst wohlfeil. Die Belehrung ist freilich den Fremden dadurch sehr erschwert, daß Aufschriften und Nachweise nur magyarisch abgefaßt sind. Ein Deutscher, der sich eine Mitteilung bei einer Porzellanfabrik sorgfältig kopiert hatte, erfuhr, daß sie bedeute: Ne touchez pas les objets. Auf die Frage nach dem Grunde solcher Einsprachigkeit, die doch dem Ausstellungszwecke nicht förderlich sein könne, erklärte ein Kernmagyar (von dem behauptet wird, er könne mit jedem Ausländer „in seiner Muttersprache“ sprechen, nämlich mit jüdischem Accent): der Welt im allgemeinen und besonders den deutschen, slawischen und walachischen Bewohnern Ungarns müsse bewiesen werden, daß das Magyarische zu den großen Kultursprachen zähle, die jeder Gebildete beherrschen müsse. Dabei kam noch wichtigeres zu Tage. Deutsch-österreichische Fabrikunternehmungen, die in Budapest Niederlagen halten, sind mit sanfter Gewalt genötigt worden, in Ungarn Zweigniederlassungen einzurichten und dann das Beste, was sie überhaupt fabrizieren, als Erzeugnisse solcher ungarischen Filialen auszustellen. Ein guter Teil der bosnischen Abteilung soll aus — Kairo geliefert worden sein! Daß man in „Budapest“ die Kunst, Sand in die Augen zu streuen, aus dem Grunde verstehe, ist schon oft gesagt worden. Und wozu nun dies alles? Der ungeheure Aufwand für das Unternehmen, die auch von Magyarern zugegebne Wahrscheinlichkeit eines übermäßigen Defizits legen die Vermutung nahe, daß ein politischer Zweck im Hintergrunde liege. Die Erneuerung des sogenannten Ausgleichs steht bevor, in Österreich wird energisch eine Änderung der durch Beust vermittelten Bestimmung über die Beitragsleistung der beiden Reichshälften zu den gemeinsamen Ausgaben (70 : 30 Prozent) gefordert, Ungarn aber behauptet, daß es zwar reich genug sei, sich den Luxus einer Millenniumsausstellung zu erlauben,

doch viel zu arm, um mehr als ein Drittel zu den gemeinsamen Lasten beizusteuern; im Gegenteil, die Quote müsse herabgesetzt werden. Die rührigste Partei im Lande schreit nach Unabhängigkeit. Kossuth, dessen Sohn sich jetzt aufspielt und spottweise Erbpräsident der ungarischen Republik genannt wird, dachte bekanntlich schon einmal daran, einen russischen Großfürsten zum König zu machen, das Beispiel der orientalisch-slawischen Nachbarn stärkt ohne Zweifel die Großmachtsgelüste. So darf man gespannt sein, was die nächsten Jahre bringen werden.



## Litteratur

Weiteres zur mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte. Ein Engländer, dessen Buch soeben in deutscher Übersetzung erschienen ist (Englische Wirtschaftsgeschichte. Eine Einleitung in die Entwicklung von Wirtschaftsleben und Wirtschaftslehre von W. J. Ashley, M. A., Professor der Wirtschaftsgeschichte an der Harvarduniversität. Autorisierte Übersetzung von Robert Oppenheim. I. Das Mittelalter. Leipzig, Duncker und Humblot, 1896), steht der in Deutschland herrschenden Markttheorie kritisch gegenüber. Er neigt der Ansicht des Justel de Coulanges zu, nach der die Grundherrschaften nicht durch mißbräuchliche Verwandlung der obrigkeitlichen Gewalt in Besitzrecht und der freien Bauern in Hörige entstanden sein, sondern auf die Römerzeit zurückgehen sollen. So hat ja auch unser Nitzsch die Städte, die nach Maurer Ansiedlungen freier Marktgenossen sind, aus Frohnhöfen hervorgehen lassen. Beide Schulen werden Recht haben für verschiedene Zeiten und Gegenden (insbesondere auch Nitzsch und Maurer für verschiedene Städte), denn derselbe Vorgang hat in verschiedenen Gegenden zu verschiedenen Zeiten gespielt und hat sich in mancher Gegend mehrere mal wiederholt. Die Deutschen des westlichen Germaniens sind unter dem Einfluß zuerst der Römerherrschaft, dann der Feudalverfassung aus Freien zu Hörigen herabgesunken, in der zweiten Hälfte des Mittelalters frei geworden, dann bei dessen Ausgange mit Hilfe des römischen Rechts und durch die blutige Unterdrückung ihres Aufstandes aufs neue geknechtet worden, bis ihnen das neunzehnte Jahrhundert wieder die Freiheit brachte. In Ostelbien hat sich der Wandel bis jetzt erst einmal, oder wenn man will, anderthalbmal vollzogen; die freien deutschen Ansiedler sind vom sechzehnten Jahrhundert ab geknechtet und im neunzehnten wieder frei geworden. Ashley beginnt seine Geschichte mit dem elften Jahrhundert, weil man von den Zuständen der ältern Zeit nichts genaueres wisse, und da trifft er denn natürlich überall Grundherren und nur ausnahmsweise Freisassen. In England saßen ja eben, von der Römerzeit anzufangen, drei bis vier Schichten von Oberen über einander, die ersten Ansiedler deutscher Abstammung, die Angelsachsen, fanden schon Herrschafts- und Dienstverhältnisse vor und begründeten selbst welche, während die in die deutschen Urwälder einwandernden Germanen ganz oder nahezu menschenleere Gebiete vorfanden und die ihrem Kulturstande angemessene Marktverfassung rein durchführen konnten. Solche Zustände also, wie sie Cäsar und Tacitus in Germanien beobachteten, haben in England seit dem Beginne der historischen Zeit niemals bestehen können.